
AUSWEG EUROPA?

Rezension von: Autorenkollektiv,
„Ausweg Europa?
Wirtschaftspolitische Optionen für
Österreich.“
Falterverlag Wien, 1988, 47 Seiten,
öS 55,-

Die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich wird etwas belebter. Es gibt bereits hinreichend viele Ökonomen, die sich nicht nur mit der Wiedergabe von Glaubensbekenntnissen begnügen, sodaß eine kritische Masse zur systematischen wirtschaftspolitischen Diskussion entstand. Die Gruppe, die vor drei Jahren ein wirtschaftspolitisches Konzept unter dem Titel „Wege aus der Arbeitslosigkeit“ (vergl. Wirtschaft und Gesellschaft 1/86) herausgebracht hatte, beteiligt sich mit einer Broschüre an der Diskussion um eine Mitgliedschaft in der EG.

Obwohl die Autoren sicherlich einer Mitgliedschaft Österreichs sehr kritisch gegenüberstehen, begnügt sich dieses Heft nicht damit, Argumente gegen eine Mitgliedschaft aufzuzählen. Es wird vielmehr der Versuch unternommen, die Diskussion in eine neue Bahn zu lenken. Ausgangspunkt ist, daß Österreich aufgrund seiner Handelsstruktur eine enge Beziehung zur EG hat. Es geht daher nicht um die Entscheidung: mit der EG (Mitgliedschaft) oder ohne EG (keine Mitgliedschaft), sondern um die Frage, welches Verhältnis soll Österreich angesichts seiner wirtschaftlichen Strukturen und seines Außenhandels zur EG haben? Dies wird erreicht durch die Darstellung, derzufolge die EG weder das Schicksal Österreichs ist, das wir zu schlucken haben, auch wenn wir geschluckt werden, noch verfällt es in

den Fehler, zu behaupten, daß die Regierung nur das Richtige wollen müsse und schon könne auf eine enge Beziehung zur EG verzichtet werden.

Eine Mitgliedschaft in der EG bietet sicher viele Vorteile. Auch wenn die Proponenten des Binnenmarktes die Wohlfahrtseffekte aus propagandistischen Gründen – wahrscheinlich auch um sich selbst davon zu überzeugen – sehr optimistisch einschätzen, so ist doch anzunehmen, daß, sollte der Binnenmarkt keine positiven Wohlfahrtseffekte haben, sämtliche Lehrbücher der Ökonomie umzuschreiben wären. Allerdings kann den paretianischen Konzepten der Wohlfahrt entsprechend nicht gesagt werden, wem die Vorteile zufallen. Hervorgehoben wird dementsprechend in dieser Arbeit, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen auch dann aktiv werden müssen, wenn Österreich der EG beitrifft. Es ist kein Marktmechanismus bekannt, der sichert, daß die Wohlfahrtseffekte für Österreich insgesamt positiv sein werden.

Sicherlich werden die Konsumenten durch die liberalisierten Importe gewinnen. Inländische Kartellpositionen werden kaum zu halten sein. Aber was ist mit den Produzenten? Es gehört nun zu den Vorteilen der modernen Wohlfahrtsökonomie, daß sie es nicht erlaubt, diese Fragen unter dem Motto „Den bösen Monopolen und Kartellen, denen werden wir es jetzt zeigen“, auszuweichen. Zwar liefert die Theorie wenig Antworten, aber ein Verlassen auf Marktkräfte genügt nicht. Den wirtschaftspolitischen Instanzen werden Aufgaben zuwachsen, um sicherzustellen, daß auch Österreich im Falle des Beitritts von den Vorteilen des Binnenmarktes etwas hat.

Im weiteren werden dann einige in der öffentlichen Diskussion stehende zentrale Punkte behandelt: Fragen der Umwelt, des Verkehrs, der Unternehmensübernahmen, der Regional- und Agrarpolitik. (Bewußt ausgeklammert wurden Fragen der Neutralität.) In al-

len diesen Bereichen gilt: Durch eine Mitgliedschaft in der EG gehen wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten verloren, ohne Mitgliedschaft in der EG sind sie aber keinesfalls beliebig groß. In der Umweltpolitik etwa wird es durch eine Mitgliedschaft zunehmend schwieriger, bestimmte Produkte aus Umweltgründen auszuschließen – ein Alleingang wie beim Katalysator wäre nicht möglich. Aber auch ohne Mitgliedschaft ist Österreich wegen der Kleinheit seines Marktes auf Produkte angewiesen, die in ausländischen Unternehmen produziert werden oder die auch im Ausland abgesetzt werden können. Bei Eingriffen in den Produktionsprozeß wird der Handlungsspielraum durch eine Mitgliedschaft in der EG nicht direkt eingeschränkt, Kostenüberlegungen setzen dabei aber Schranken. Dies gilt unabhängig davon, ob Österreich in der EG ist oder nicht. Sicherlich spielt Umweltpolitik in den Vorstellungen der EG-Behörden eine geringe Rolle. Die wesentliche Ursache dafür ist, daß zwar nationale Regierungen aus wahlstrategischen Gründen Umweltfragen Beachtung schenken müssen, die EG-Behörden aber weitgehend von Wahlen unabhängig agieren können.

Die Broschüre ist keine wissenschaftliche Arbeit, sie versteht sich als Aufklärungsbroschüre. Sie ist wichtig in der sicherlich jetzt differenzierter werdenden Diskussion. Die „Hurra-in-die-EG“-Stimmung ist weg. Interes-

santerweise können auch emotionelle EG-Befürworter in dieser Broschüre einige Argumente für ihre Haltung finden. Allerdings werden sie dabei lernen, daß die Probleme der österreichischen Wirtschaft durch einen Beitritt allein nicht gelöst werden, sondern daß er Chancen eröffnet, die zu nutzen politisches Handeln erfordert.

Sicher wäre es günstig gewesen, in einigen Fällen quantitative Abschätzungen zu bekommen. Es ist aber den Autoren nicht anzulasten, daß sie dabei sehr wenig zu bieten haben. Eher ist es der gesamten Profession in Österreich, zu denen allerdings auch die Autoren gehören, vorzuwerfen, sich bisher so wenig um das Thema gekümmert zu haben. Erst das Regierungsprogramm hat die Wirtschaftsforschungsinstitute veranlaßt, sich mit der Frage einer österreichischen Mitgliedschaft in der EG zu beschäftigen. Dies kann nicht allein mit dem jahrelangen Stagnieren der Integrationsbemühungen der EG erklärt werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die, die in jeder einschlägigen Stellungnahme betonen, wie wichtig es ist, prospektiv Nachfrage zu erkennen, selbst nicht dazu in der Lage sind. Wer vor fünf Jahren begonnen hätte, sich mit dem Problem der Beziehungen Österreich – EG zu beschäftigen, könnte jetzt als Schumpeterscher Unternehmer einige Zeit hindurch Monopolrenten lukrieren.

Peter Rosner